

Adorfer Grenzboten

Amtsblatt für den Stadtrat zu Adorf.

Fernsprecher Nr. 14.

Verantwortlicher Schriftleiter, Drucker und Verleger: Otto Meijer in Adorf.

Tel.-Adr. Grenzboten.

Nr. 154.

Gemeinde-Str.-Konto 118

Dienstag, den 6. Juli 1920

Postk.-Konto Leipzig 37369

Jahrg. 85.

Dienstag, den 5. Juli, vormittag 8 — 12 Uhr
wegen Räumung des Lagerschuppens

Verkauf von Brenntorf,

zum Ausnahmepreis Mk. 2.50 pr. Zentner
an der Niederlage von Herrn Obenaus.

Stadt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Maurerarbeiten (ohne Putzarbeiten) des linken Gebäudes der
auf dem vormals Lemmlerschen, jkt der Stadt gehörigen Brauereigrundstücke zu er-

richtenden Häusergruppe soll an einen in Adorf wohnenden Unternehmer vergeben
werden.

Angebotsformulare können im Stadtbauamt gegen eine Gebühr von 2 M. ent-
nommen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Neubau II“ versehen bis
13. Juli vorm. 11 Uhr beim Stadtbauamt einzureichen.

Die Öffnung der eingegangenen Angebote findet zu vorgenannter Zeit in Gegen-
wart etwa erschienenen Bewerber statt.

Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie evtl. die Ablehnung sämtlicher Angebote
behält sich der Stadtrat vor.

Adorf, den 5. Juli 1920.

Das Stadtbauamt.

Die Probe.

Es ist bisher sehr wenig daran gedacht worden,
daß sich mit der Bildung des neuen bürgerlichen Reichs-
ministeriums Fehrenbach ein gewisser Gegensatz zu den
Regierungen der meisten deutschen Freistaaten ergeben
hat, die entweder rein sozialistischer Natur oder aus
Angehörigen der Sozialisten, der Demokraten und des
Zentrums zusammengesetzt sind. Das ist besonders in
Frage der Sozialisierung und der Arbeitervertretung
der Fall, die von radikaler Seite aufgestellt werden.
Gefährlich ist diese Klippe nicht, wenn die einzelnen
Punkte mit Ruhe behandelt werden, aber es wird
doch recht wünschenswert sein, daß eine zeitige Ver-
ständigung über die Angelegenheiten erzielt wird, die
zu Meinungsverschiedenheiten führen können. Denn
Reichs- und Einzelstaatsminister haben Besseres zu tun,
als sich gegenseitig zu streiten.

Am notwendigsten möchte eine solche Verständigung
in der Behandlung von Arbeiterstreiks und heute be-
sonders in den landwirtschaftlichen Umständen sein,
welche die Ernte gefährden. Es ist nicht gut möglich,
wenn ein einzelstaatlicher Minister in diesen Dingen
sozialdemokratische Theorien voranstellt, während die
Reichsregierung die Verantwortung für die Beschaf-
fung der notwendigen Lebensmittel hat. Hier gibt der
Wille des Reichskabinetts den Ausschlag, der sich nach
der Notwendigkeit richtet, und die Einzelregierungen
sowie deren Beamte haben sich diesen Notwendigkeiten
zu fügen. Es kommt auch zur Geltung bei den immer
wieder erneuerten Streikversuchen in Verkehrsbetrieben,
wenn diese Arbeiter unternehmen sollten, die Einzel-
minister gegen die Reichsregierung auszuspielen, die
nicht dulden kann, daß die Unterbilanzen ins Tiefen-
hafte wachsen. Es geht auch nicht bei den Kohlen,
deren Preise abgebaut, statt erhöht werden müssen.
Die Lohnsätze haben hier Höhen erreicht, die man
gern zubilligen wollte, nur müßten sie mit der Arbeits-
leistung in Einklang stehen, und das ist nicht der Fall.

Den Arbeitern haben, wie ja allgemein bekannt
ist, die hohen Löhne nicht den erwarteten Nutzen, für
die Reichs- und Staatsklassen aber Belastungen gebracht,
die nicht mehr zu ertragen sind. Vor dem 6. Juni,
als die Nationalversammlung sich vertagen wollte,
drohte bekanntlich wieder ein Generalstreik der Eisen-
bahner, der nur dadurch abgewandt werden konnte,
daß die Abgeordneten auf Antrag der Regierung in
später Abendstunde Hals über Kopf 2 Milliarden Lohn-
aufbesserungen jährlich bewilligten. Das geht aber
nicht mehr so weiter heute, wo wir 265 Milliarden
Reichsschulden bereits haben und noch die schweren
Lasten der Kriegsschuldung hinzu bekommen werden.
Was dabei allein die Zinsen ausmachen, kann sich
jeder selbst ausrechnen.

So ist es gar nicht zu vermeiden, daß die Reichs-
regierung nicht nur im Reich, sondern auch in den
Einzelstaaten darauf achtet, daß der Daumen auf den
Beutel gehalten und endlich einmal gespart wird. Es
fehlt auch sonst nicht an Dingen, die zu verschiedener
Auffassung Anlaß geben könnten, und man weiß ja,
daß jemand, der Streit sucht, auch die Gründe dafür
zu finden weiß. Aber, wie schon weiter vorn gesagt,
wir haben Wichtigeres zu tun, es handelt sich darum,
die Probe nicht auf den Zwiespalt, sondern auf die
Einigkeit, das heißt auf den guten Willen aller Par-
teien ohne Ausnahme zu machen, der deutschen Re-
publik wieder Selbstbestimmung und ein erträgliches Da-
sein zu schaffen. Bestehen wir diese Probe nicht, so
traffiert uns die Entente, wie wir es verdienen. Wollen
wir uns nicht vor dem Auslande ducken, müssen wir
uns vertrauen lernen. Rechthaberei macht sich nie
bezahlt, und heute am wenigsten. Wm.

Vertrauensvotum für Fehrenbach.

Der Reichstag spricht mit 253 Stimmen der Regierung
das Vertrauen aus.

Am Schluß der Reichstagsitzung am Freitag
wurde die Resolution der bürgerlichen Mittelparteien

zur Erklärung des neuen Kabinetts mit 253 gegen 62
Stimmen, auch von den Sozialdemokraten, angenommen.
Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung.

Das war am Freitag wieder einmal eine Dauer-
sitzung. Und eine Sensationsitzung, ein richtiger „großer
Tag“. Es waren eigentlich nur wenig Redner vor-
gegangen, und man hoffte, die Aussprache über die
Regierungserklärung schnell beendigen zu können. Aber:
erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt.
Die große Aussprache nahm acht ganze Stunden in
Anspruch, trotz der Hitze. Und dabei sprachen nicht
viel Redner, doch solche von großer Bedeutung.

Zuerst entwickelte Reichsernährungsminister Dr.
Hermes seine Absichten in der Ernährungspolitik:
Vorsichtiger Abbau der Zwangswirtschaft, die nur für
Getreide und Milch beibehalten werden soll, ange-
messene Preise für die Landwirtschaft, daneben Preis-
senkung für die Konsumenten, die die Konkurrenz in der
freien Wirtschaft bringen soll, Aufräumung mit den
Kriegsgesellschaften, und anderes in diesem Sinne. Doch
wies er darauf hin, daß unsere Brotversorgung augen-
blicklich in großen Schwierigkeiten steckt und wir auf
die Einfuhr angewiesen sind. Der Landwirtschaft wird
entgegengekommen, doch soll auch sie ihre Pflicht, be-
sonders die Ablieferungspflicht, restlos erfüllen. Seine
Rede fand allgemeinen Beifall.

Nach ihm schilderte der neue Außenminister Dr.
Simons die unerhörten rechtswidrigen Übergriffe
der Polen, die Verhaftungen der deutschen politischen
Beamten Dr. Wagner und Dr. v. Holtum, die Verhinde-
rung der Abstimmungstransporte usw., und was er
dagegen getan habe. Es ist erfreulich, daß endlich ein-
mal an weithin hörbarer Stelle von deutscher offi-
zieller Seite aus den Polen energisch die Wahrheit
gesagt wurde. Dr. Simons sagte klipp und klar, daß,
solange solche Streitigkeiten bestehen, zwischen uns und
Polen von wirtschaftlichen Verhandlungen, die
die Polen suchen, keine Rede sein könne, sondern nur
von Repressalien. Er sagte auch, daß er sich auf
keinerlei polnische Ausflüchte einlassen wolle, sondern
klipp und klare Wiedergutmachung fordere. Wir haben
den Polen gegenüber noch genug Mittel in der Hand.
Soffentlich tun diese erschreckenden Worte unseres neuen
Außenministers ihre gute Wirkung. Das Haus zollte
ihm lebhaften Beifall. — Zu

beispiellosen Zumutungen

kam es bei dem nächsten Redner, Abg. Dr. Helfferich
(Dnat.). Den Unabhängigen schien dieser Redner sehr
auf die Nerven zu fallen, sie gaben sich alle Mühe,
ihn nicht zu Worte kommen zu lassen.

Mühe wie Mörder, Schieber, Kriegs-
heher, Bankrotteur veruntunten niemals. Präsident
Löbe war demgegenüber direkt hilflos. Selbst ein so
erfahrener Debatter wie Helfferich ließ sich irritieren,
was die Wirkung seiner temperamentvollen Rede zu
Anfang klar beeinträchtigte. Er sprach über die Re-
gierungsbildung und dann verteidigte er sich gegen die
Angriffe gegen seine politische Tätigkeit als Reichs-
schatzsekretär und zerpflückte als erfahrener Finanz-
fachmann das Erzbergerische Steuerprogramm wie auch
Wirths Finanzrede. Zum Schluß mußte der Präsident
die ganze Fraktion der Unabhängigen zur Ordnung
rufen. Erst allmählich trat Ruhe ein.

Gegen Helfferich wandte sich erregt Reichsfinanz-
minister Dr. Wirth und goß damit nur Del ins
Feuer der Erregung. Helfferich werfe 24 Stunden
vor der Abreise nach Spa die Fadel der Zwietracht
ins Haus. Ungeheurer Lärm rechts und andauernde
Unruhe. Er legte sich sehr scharf gegen die gesamte
Rechte ins Zeug und vergaß dabei ganz, daß er An-
gehöriger dieser Rechten als Ministerkollegen hat.

Das gab ihm auch dann der Abg. Becker-Hessen
(D. Sp.) durch die Blume zu verstehen. Er schlug
ruhige, sachliche Töne an und mahnte zur Einigkeit,
die besonders jetzt angesichts Spa nötig sei. Die Er-
regung ebte ab, sodaß Abg. Frau Zetkin (Komm.),
eine alte Dame, die sehr ruhig sprach, ihre kommuni-

zistischen Ideen vortragen konnte, ohne daß es weiter
zu Lärm kam.

Endlich neigte sich die Sitzung ihrem Ende zu.
Vor der Abstimmung ergriff noch einmal Reichskanzler
Fehrenbach das Wort, um um das Vertrauen des
Hauses zu bitten. Das Haus möge den sachlichen Ton
der ersten Tage beibehalten, die Parteien außerhalb
der Koalition möchten in der nächsten Zeit ein gewisses
Maß in ihrer Kritik halten. Man möge den Vertretern
in Spa nicht ihr Amt durch leidenschaftliche Kämpfe
im Innern erschweren. Er habe begründete Hoffnung,
daß man in Spa eine Grundlage für gemeinsame
Verhandlungen finden werde. Doch eine Grenze bilde
unsere Leistungsfähigkeit. Ueber sie hinaus
etwas anzunehmen oder zu unterschreiben, sei un-
möglich.

Dann folgte die Abstimmung. — Annahme des
Vertrauensvotums. — Annahme des
Vertrauensvotums.

Das von den Unabhängigen beantragte Miß-
trauensvotum wurde mit 313 gegen 64 Stim-
men der U. Soz. abgelehnt.

Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und
Bayerische Volkspartei brachten folgenden Antrag ein:
„Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichs-
regierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis ge-
nommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie
diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reiches,
insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen
in Spa, führen wird.“

Ein Deutschnationaler Antrag will den 2. Absatz
noch mehr verallgemeinern, er wurde gegen die Deutsch-
nationalen abgelehnt.

Darauf wurde der Antrag der Regierungspar-
teien mit 253 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der
Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demo-
kraten und der Sozialdemokraten gegen 62 Stimmen
der Unabhängigen und bei 54 Stimmenthaltungen der
Deutschnationalen angenommen. M.

Am Vortage von Spa.

Eröffnung der Brüsseler Vorbereitungen.

Die interalliierte Konferenz hielt Freitag vormit-
tag unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten
de la Croix ihre erste Sitzung ab. Anwesend waren die
Delegierten von England, Frankreich, Italien, Japan
und Belgien. Marschall Foch und die anderen militä-
rischen Sachverständigen unterrichteten die Konferenz von
dem gegenwärtigen Stand der Entwaffnung Deutsch-
lands. Die Heeres-, Marine- und Luftfachverständigen
wurden angewiesen, ein endgültiges Verzeichnis der
auf die Entwaffnung bezüglichen Artikel der Verträge
aufzulegen, die noch nicht ausgeführt sind. Die Konfe-
renz prüfte darauf eine Note des Wiedergutmachungs-
ausschusses betreffend die Kohlenlieferung durch Deutsch-
land.

Am Freitag nachmittag wurde dann die Vorbereitungs-
sitzung erledigt. Sonnabend sollte Sitzungsfrei sein,
Sonntag reisen die Delegierten von Brüssel nach Spa
ab. Man rechnet mit einer Dauer von 12 bis 15
Tagen für die Konferenz.

Die Teilnehmer an der Konferenz.

Von deutscher Seite werden an der Konferenz
von Spa teilnehmen: Der Reichskanzler Fehren-
bach mit Staatssekretär Albert, Reichsminister des Aus-
wärtigen Dr. Simons, Reichsfinanzminister Dr.
Wirth, Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, Reichs-
ernährungsminister Dr. Hermes, Leiter des Wieder-
aufbauministeriums Staatssekretär Dr. Müller, ferner
vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor v. Simson,
die Geheimräte v. Keller und v. Lohndsen, Lega-
tionsrat Fuehr von der Presseabteilung, vom Reichsfi-
nanzministerium Staatssekretär Schröder und Minis-
terialdirektor Reusch, von der Kriegslastenkommission
Staatssekretär Bergmann, von den wirtschaftlichen Res-
sorts die Geheimräte Le Suire, Merz, Kuppel, Staats-
rat v. Meinel und Geheimrat Fellinger, vom Reichs-
wehrministerium die Majore Michalis, v. Wötischer und

Hogt. Der Delegation werden 30 Beamte mit dem entsprechenden Apparat von Hilfskräften angehören.

Bon der Ententevertretung sind zu nennen: Für Belgien 15 Delegierte, darunter Ministerpräsident und Finanzminister de la Croix, Minister des Auswärtigen Hymans, Minister des Inneren Jaspser.

Für England: Lloyd George, Lord Curzon, der Chef des Generalstabs General Wilson, Admiral Beatty, der Oberkommissar für Danzig Sir Tower und General Malcolm, Chef der Militärmission in Berlin. Insgesamt 120 Personen.

Für Frankreich: Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marsal, Marschall Foch, General Weygand, Admiral Lyautey, Minister Le Troquer, Louis Dubois, Präsident der Wiedergutmachungskommission. Insgesamt 65 Personen.

Bon Italien: Graf Sforza, Minister des Auswärtigen und weitere 10 Delegierte.

Weiter werden Japan und Polen vertreten sein. Die deutsche Delegation ist Sonnabend abend 1/2 10 Uhr mit Sonderzug von Berlin abgefahren.

Die Scheu vor dem Ministerfessel.

Der Reichskanzler Fehrenbach hatte sich in der vierten Juniwoch eifrig bemüht, für sein Ministerkabinett geeignete Fachmänner zu finden. Immer wieder haben die Männer, denen er das Wirtschafts-, das Schatz-, das Verkehrs- und Arbeitsministerium anbot, geweigert, sich zur Verfügung zu stellen. Die Ministerfessel im neuen Deutschland sind ausgetreten worden wie sauer Bier und konnten wochenlang nicht besetzt werden. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die hervorragenden Persönlichkeiten im praktischen Wirtschaftsleben in ihrer Tätigkeit eine Befriedigung und eine Bezahlung finden, die ihnen der öffentliche Dienst nicht bieten kann. Es ist heute ein dornenvolles Amt, das von Parteienhaß zerklüftet, im Innern zerfallene und von außen her skrupellos bemühtes Deutschland zu lenken. Manche von den Männern, denen Ministerfessel angeboten wurden, fürchteten, sie würden durch ihr Hervortreten jetzt ihrer späteren politischen Laufbahn schaden. Es gehört in der Tat nicht nur viel Mut, sondern auch viel Selbstverleugnung dazu, jetzt öffentlich hervorzutreten. Und doch können wir uns diese Enthaltensamkeit unserer Besten auf die Dauer nicht leisten. Wenn wir zur Konferenz in Spa nicht wenigstens mit einem Kabinett angelegener und fähiger Männer aufwarten können, so haben wir nicht die geringste Aussicht, auch nur die gefährlichsten von den Zumutungen, die man an uns stellen wird, mit Erfolg zurückzuweisen.

Deutsches Reich.

— Berlin, 5. Juli 1920.

Deutschland gleichberechtigt in Spa. Von den großen Ententestaaten sind England und Italien bereit, Deutschland als gleichberechtigten Teilnehmer an der finanziellen Konferenz in Spa anzuerkennen, so daß wir also nicht nur Vorschläge über die Höhe der Kriegsschadensentschädigung machen, sondern auch befragt sein sollen, mit darüber zu debattieren. Frankreich steht dagegen auf dem Standpunkt, daß uns die fertigen Beschlüsse der Entente überreicht werden sollen, und wir dieselben einfach anzunehmen oder abzulehnen haben. Also wie es bei dem Friedensvertrage von Versailles gemacht wurde. Dasselbe soll mit den Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands der Fall sein. Es wird nun abzuwarten sein, ob Frankreich sich dem Willen Englands fügen wird oder nicht. Bleibt die französische Auffassung maßgebend, so ist die Uebermittlung der sogenannten Konferenzbeschlüsse durch die Post das einfachste und billigste. Es ist aber zur Zeit noch zu hoffen, daß England und Italien ihre allein richtige Auffassung durchsetzen werden, womit allerdings noch nicht gesagt ist, daß nun auch die von ihnen beliebte Höhe der Kriegsschadensentschädigung zutreffend sein muß. Am besten ist es, wir verbinden Kriegsschadensentschädigung und Entwaffnung und sagen, entweder beides in vernünftiger Form oder gar nichts!

Die Zeit der Befehung. Die neugewählten Reichstagsabgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten hielten am Donnerstag im Reichstage eine Besprechung ab. Alle Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, waren vertreten. In einer mehrstündigen Aussprache wurden mancherlei Mißstände aus den besetzten Gebieten vorgebracht. Mit großer Entschiedenheit wurde verlangt, daß die Reichsregierung auf eine Verklärung der Besatzungsdauer hinwirken müßte, weil Deutschland die ungeheuren direkten und indirekten Lasten der Besatzung nicht tragen könne.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte einstimmig Dr. Stresemann zu ihrem Vorsitzenden.

Auslands-Rundschau.

Die polnische Armee ist durch ihr Mißgeschick gegenüber den Russen und durch die schweren Strapazen sehr kampfunlustig geworden. Die Regierung in Warschau versucht das zu leugnen, aber es ist Tatsache, und die Aussichten für die Zukunft der ganzen polnischen Republik sind daher trübe. Daß die Deutschen, die für den polnischen Heeresdienst gepreßt werden, nicht mit Begeisterung die Kastanien für ihre polnischen Zwingherren aus dem russischen Feuer holen werden, ist selbstverständlich. Daß die Kampfpläne der Polen nicht groß war, hat sich schon während des Weltkrieges

gezeigt. Sie nahmen ihre Ähnen von Deutschland geschenkte Unabhängigkeit hin, aber die Arme haben sie dafür nicht gerührt.

Der wirkungslose Boykott gegen Ungarn. Das Ungarische Korr.-Bureau stellt fest, die ungarische Regierung habe auf das Angebot des österreichischen Kanzlers Renner, in Sachen des Boykotts zu vermitteln, geantwortet, daß sie nicht geneigt sei, mit dem internationalen Gewerkschaftsbund zu verhandeln, daß aber jede ungarische ausländische Vertretung bereitwillig fremden Staatsbürgern wie Vertretern gesellschaftlicher und sonstiger Organisationen Mitteilungen über die Lage in Ungarn gebe, weil die ungarische Regierung Gewicht darauf lege, daß die über Ungarn verbreiteten grundlosen Klagen womöglich widerlegt würden. Unter keinen Umständen werde sie eine Einmischung in die ungarischen inneren Angelegenheiten zulassen, könne aber im übrigen nichts dagegen einwenden, daß das durch den Boykott in erster Linie getroffene Oesterreich zur Befestigung desselben in Wien Besprechungen mit Vertretern der internationalen Organisation führe. Durch die vom ungarischen Gesandten in Wien, Dr. Graz, geführten Besprechungen werde ungarischerseits diese Angelegenheit als erledigt betrachtet ohne Rücksicht darauf, ob der internationale Gewerkschaftsbund auf Grund der erhaltenen Aufklärungen den Boykott einstelle oder nicht.

Holland. Die zweite Kammer nahm den Gesetzentwurf betr. den Kredit von 200 Millionen Gulden an Deutschland nach kurzer Aussprache an.

Konstantinopel. Die Frau des türkischen Nationalführers Enver-Pascha, eine Tochter des verstorbenen Sultans ist im Flugzeug aus Konstantinopel geflohen und hat 50 000 türkische Goldpfund mit sich genommen.

Deutscher Reichstag.

Interpellationen, Notetat.

Berlin, 3. Juli.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen mehrere Interpellationen und der Notetat. Zur Interpellation Ledebour (U. Soz.) über die Vorgänge in Thal bei Ruhla stellt Reichswehrminister Dr. Gessler nochmals fest, daß das gerichtliche Verfahren noch schwebt, deswegen möge man noch nicht darüber verhandeln.

Ein Antrag Ledebour (U. Soz.), die Interpellation doch zu besprechen, wird abgelehnt.

Abg. Hamm (Dem.) begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsbahrens der Kriegsgesellschaften und der Frage ihrer Liquidierung. In dieser Angelegenheit müsse noch viel rascher und energischer durchgegriffen werden.

Nachdem Redner aller Parteien und auch Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz dem Antrag zugestimmt haben, wird er einstimmig angenommen.

Es folgt ein Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Fortsetzung des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung. Die Abgg. Dr. Warmuth (Dnt.) und Dr. Kießer (D. Bp.) sind aus prinzipiellen Gründen gegen einen solchen Ausschuß, solange nicht alle Staaten die Archive öffnen. Die Abgg. Dr. Breitscheid (U. Soz.), Frau Bohm-Schuch (Soz.), Heile (D.) und Dr. Spahn (Ztr.) treten für den Antrag ein, der gegen die Rechte angenommen wird.

Der Notetat wird in zweiter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Bei der dritten Lesung gedenkt Präsident Löbe des großen Hilfswerkes, das ausländische wohlthätige Kreise für die notleidende Bevölkerung in Angriff genommen haben. Dann wird der Notetat auch in dritter Lesung von allen Parteien gegen die Unabhängigen angenommen.

Bei der Besprechung des von dem Abg. Müller-Franken (Soz.) eingereichten Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Militärgerichte nennt Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) diese Gerichte einen organisierten Mörderklub.

Abg. Dr. Warmuth (D. ntl.) bricht eine Lanze für die Militärgerichte, er wie die anderen bürgerlichen Redner sind für Ueberweisung an einen Ausschuß. Es wird demgemäß beschlossen.

Damit schließt die Sitzung. Nächste Sitzung, Montag 2 Uhr.

Vollleben und Wirtschaft.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche ist, wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, auch am 15. Juni nicht in dem Maße gewachsen, wie es nach der kritischen wirtschaftlichen Lage allgemein angenommen wurde. Dies erklärt sich daraus, daß die Betriebe bemüht sind, ihre Arbeiter so lange wie möglich durch eine Kürzung der Arbeitszeit in der Arbeit zu erhalten. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen am 15. Juni 221 123, der weiblichen Erwerbslosen 67 935, insgesamt also 289 058. Damit ist die niedrigste Ziffer, die bisher erreicht worden ist, die Ziffer vom 1. Juni d. Js., die 271 961 betrug, um rund 17 000 überschritten. Die Steigerung beträgt also nicht mehr als etwa 6 Prozent. Zu den eigentlichen Erwerbslosen treten 271 146 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahlen entsprechen etwa dem Stande, den die Erwerbslosigkeit am 1. Mai dieses Jahres erreicht hatte.

Die Selbsthilfe zeitigt immer neue Blüten. Infolge des energischen Auftretens des Publikums gegen die übertriebenen hohen Lebensmittelpreise ist es vorgekommen, daß die landwirtschaftlichen Produkte nicht

mehr in die betreffenden Städte gefandt, sondern mit der Bahn in andere Gegenden dirigiert wurden. Da sind aber die Eisenbahnbeamten, die den Zweck dieser Verschiebungen natürlich sehr bald erkannten, eingeschritten und haben die Sendungen sistiert. Zulässig ist ein solches Verfahren natürlich nicht, aber ebensovienig zulässig ist die Bewucherung der Bevölkerung.

Luzus und Puzucht in Deutschland. Deutsche Rettungsmänner, die die Ententeländer besucht haben, stellen in ihren Berichten übereinstimmend fest, daß selbst in dem reichen England sich Luzus und Puzucht auf den Straßen nicht so auffällig zeigen, wie in Deutschland. In London gehen die Leute im Vergleich zu Berlin sogar recht bescheiden. Gehälter und Löhne sind weder in England noch in Frankreich auch nur annähernd so hoch, wie in Deutschland, und doch ist auch in den Ententeländern die Lebenshaltung nicht billig. Englische Korrespondenten haben diese Luzus-Manie in Deutschland, die sich auch in dem starken Haarfarben bei Mädchen und Frauen äußere, schon lange ihren Zeitungen mitgeteilt, und deshalb meinen die Engländer, wenn die Deutschen so viel Geld für Luzus ausgaben, könnten sie nicht so arm sein. Der Fall, wo in Berlin eine junge Betrügerin für 25 000 Modewaren und Luzusartikel gekauft hatte, ist in allen englischen Zeitungen als charakteristisch für die deutschen Verhältnisse berichtet worden. Das ist nun sicher übertrieben, aber abhauen sollten wir den äußeren Luzus doch etwas, Vorteil bringt er uns nicht. Die Französinen tragen den harten Zeiten ebenso, wie die Engländerinnen Rechnung und schränken sich ein. Vergleichen gibt es in Frankreich selbst heute noch nicht halb soviel wie in Deutschland. Auch vor dem Kriege war dieser Unterschied.

Ärterlei aus aller Welt

Die angebliche große Schiffskatastrophe auf der Newa, bei der 2000 Gefangene der Mittelmächte umgekommen sein sollten, stellt sich glücklicherweise viel harmloser heraus. Es befanden sich an Bord nur 300 Internierte, die, nachdem das Schiff infolge ungeschickten Manövrierens gekentert war, sämtlich bis auf zwei Mann ungarischer Nationalität und acht Mann der russischen Besatzung gerettet wurden. Weder Deutsche noch Oesterreicher sind also umgekommen.

Furchtbares Bombenattentat in Bulgarien. Das Odeon-Theater in Philippopol (Bulgarien) wurde während eines Vortrages, der zu Gunsten der Opfer des hochschwerfischen Terrors in Bulgarien veranstaltet war, durch Bomben in die Luft gesprengt. Unter den Trümmern des Theaters liegen etwa 150 Leichen. Auf den Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den einschreitenden Polizisten, die mit Hilfe des herbeigeeilten Militärs die Aufrührer zerstreuten und zahlreiche Verhaftungen vornahmen. Die Attentäter hatten es wahrscheinlich auf den Ministerpräsidenten Stambuliski abgesehen, der nur durch einen Zufall am Theaterabend nicht erschien.

Ein Waggon Jucker verschoben. Die Untersuchung über Eisenbahndiebstähle in Güssen hat gleichzeitig die Aufdeckung eines großen Juckerdiebstahls auf dem Bahnhof Staffurt-Leopoldsdorf geordnet. Im Februar war dort ein Waggon Jucker eingelaufen. Der Zugverkehr habe seitdem die Besetzung ab und stellte den Wagen abseits. Hier wurde er unter dem Beistand des Rangiermeisters Rutenbed und des Lademeisters Walther umgeladen und durch den Speiditeur Arndt abgefahren und zum Teil als Umzugsgut weiter nach Zeitz abgerollt. Bei den Schiebungen halfen Bruder und Schwester des Rutenbed mit. Die Täter erzielten aus dem Verkauf eines Erbes von 280 000 Mark, den sie unter sich aufteilten. Ein Rest wurde zur Zahlung von Schulden verwendet.

Steueroorschläge für den neuen Reichstag. (Motto: „Wohin steuern wir?“) — Nachschsteuer. — Steuerpflichtig ist jedermann, dem wegen Mittellosigkeit alle anderen Steuern nachgelassen worden sind. — Weinsteuern. — Zu Steuer herangezogen werden alle diejenigen, welche über zu hohe Steuern weinen. — Auskommsteuer. — Besteuert werden Staatsbürger, die in heutiger Zeit mit ihrem Einkommen auskommen. — Telephonsteuer. — Steuerpflichtig sind: 1. diejenigen, welche den Fernsprecher gekündigt haben; 2. diejenigen, welche den Fernsprecher nicht gekündigt haben; 3. diejenigen, welche überhaupt keinen Fernsprecher haben. — Gewinn- und Verluststeuer. — Besteuert wird jeder, der von der Regierung einen günstigen Erwerb gewinnt oder ob der vielen Steuern den Bestand verliert. — Ergänzungssteuer zur Luftverkehrssteuer. — Trifft diejenigen, welche sich über den Steuerabzug amüßeren. — Untauglichkeitssteuer. — Steuerpflichtig ist jedermann, dem nach nicht der Reichskanzlerposten angeboten wurde. — Wehrsteuer. — Wird von allen, die sich gegen das Steuerzahlen wehren, erhoben. Wer sich in der Notwehr befindet, wird außerdem zum Reichsnotwehrposten veranlagt. — Den Beschluß bildet eine Zusatzsteuer der Steuer zur Wahrheit.

Einbruch in eine Stadtkasse. Geldschrankeinbrecher suchten in der Nacht zu Donnerstag die Kammereinkasse von Bernuchen (Marl) heim und erbeuteten 30 000 Mark bares Geld. Nach den Ermittlungen waren die Täter drei gewerbsmäßige Berliner Verbrecher. Auf ihre Ermittlung und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Schweres Explosionsunglück. In Remscheid flog infolge einer schweren Gasexplosion die Werkzeugfabrik der Firma Noll in die Luft. Dabei wurde der Sohn des Fabrikanten getötet und ein junges Mädchen verletzt.

Die indischen Revolutionäre an Lenin.

Die bolschewistische Zeitung „Dorffkommune“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 22. Mai einen Funkspruch der indischen Revolutionäre an Lenin. Der Funkspruch lautet:

„Die indischen Revolutionäre sprechen Sowjetrußland ihre tiefe Dankbarkeit und Anerkennung aus für den Beistand im Kampfe um die Befreiung Indiens. Der Ruf der 315 Millionen Indier, die unter dem englischen Joch stöhnen, ist in Rußland nicht ungehört verhallt. Voll Freude ergreifen die Indier die ihnen von Sowjetrußland freundschaftlich dargebotene Hand.“

Lenin hat den Indiern daraufhin folgendermaßen geantwortet:

„Ich freue mich über das Verständnis der Indier für die Sowjetanhänger in ihrem Kampfe gegen die einheimischen und ausländischen Kapitalisten. Das russische Proletariat verfolgt aufmerksam diesen Kampf für die Ideen der Freiheit. Wir begrüßen die Vereinigung der mohammedanischen und nichtmohammedanischen Elemente Indiens und hoffen, daß alle Arbeiter des Ostens sich dem Bunde zur Bekämpfung der allgemeinen Freiheit anschließen werden. Es lebe das freie Asien!“

Regierungsbildung.

Solange im Deutschen Reich zum Reichstage gewählt wird, war der Wahlausgang niemals so sicher voranzufagen, wie in diesem Jahre. Wer sich darüber Täuschungen hingeben hat, der ist sich noch nicht klar darüber geworden, daß die Massen bei den Wahlen sich weniger vom Verstand, der nach dem Goethe'schen Wort nie populär werden kann, leiten lassen, als von dem politischen Instinkt. Selbst wenn man bei dem Wähler sagen kann, „er weiß, was er tut“, so kann man allgemein nicht behaupten, „er weiß auch, warum er es tut“. Das soll kein Vorwurf sein und ist auch kein Fehler, denn Viele werden sicherlich vom Instinkt ichtiger geleitet als vom Verstand, und der Schaden tritt erst dann auf, wenn dieser Instinkt über das Ziel hinausführt.

Nachdem nun aber die Dual der Wahl glücklich überstanden war, tauchten bei der Bildung der Regierung neue Schwierigkeiten auf, die bis heute restlos noch nicht gelöst sind. Die Sozialdemokratie hat über 40 Jahre in der Opposition zu der bestehenden Regierung gestanden und es ist nicht zu leugnen, daß es ein schwerer Fehler war, sie systematisch von jeder Mitwirkung an der Regierung auszuschließen, ja es war mehr als ein Fehler, es war eine Torheit. Hätte man sie zur Mitwirkung zugelassen, so hätten sie erkennen und auch beklennen müssen, daß die von ihnen vertretenen Gedanken in der rauhen Wirklichkeit sich nicht so leicht in die schönfärbische Tat umsetzen lassen. Das Dichtwort, daß „nah beieinander die Gedanken wohnen, doch hart im Raume sich die Sachen stoßen“ bleibt besonders in politischen Fragen eine ewige Wahrheit.

Es ist heute müßig, der Frage nachzudenken, ob bei dem Vermeiden dieses Fehlers nicht manche Erschütterungen unseres staatlichen Lebens zu umgehen gewesen wären. Aber es will uns scheinen, als ob die Sozialdemokratie heute im Begriff stünde, durch Fernbleiben von der Regierung den gleichen Fehler nun ihrerseits zu wiederholen. Die Partei ist äußerlich geschwächt vom Wahlkampf heimgeführt, sie hat aber zweifellos innerlich eine bedeutende Kräftigung erfahren und sie kann darauf rechnen, daß die Wähler, die ihr treu geblieben, auch unentwegt ihr folgen werden. Daß sie sich bei der Neubildung der Regierung abwärts gestellt hat, ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zunächst einmal hatte sie manchen in ihren Reihen, dem ein Zusammengehen mit einer bürgerlichen Regierung unangenehm war, sei es in der Erkenntnis des eigenen Unvermögens, sei es aus instinktiver Abneigung. Die waren natürlich schnell bereit, die Niederlage bei den Wahlen auf diese Gründe zurückzuführen und trugen sich mit der Hoffnung, durch hemmungslose Kritik die Wählerschaft wieder an ihre Ufer loden zu können. Dieser Schluß ist aber sicherlich falsch, denn es wird dabei vergessen, daß ihnen in der Unabhängigen Sozialdemokratie und den kommunistischen Entstanden sind, die sie im Wettbewerb darin überflügeln werden. Andere vielleicht stehen deshalb gekränkt abseits, weil sie ihr redliches Bemühen schlecht belohnt finden. Der aber war immer untunlich für die politische Tätigkeit, der irgendwie auf Dank gerechnet hat. Die Masse ist immer undankbar und grausam, wie es die Kinder sind.

Was auch weiter die Gründe gewesen sind, die die Sozialdemokratie bewogen haben, bei der Neubildung des Kabinetts beiseite zu stehen, eins steht fest, daß gegen sie bei uns nicht regiert werden kann. Es sollte doch auch Sozialdemokraten zu denken geben, daß ein Mann wie Professor Kahl, der die Kaiserkrönung in Versailles 1871 erlebt hat, sich um die Mitwirkung der Sozialdemokratie bemühte. Und sie selbst, die den Friedensvertrag geschlossen haben, können auf die Dauer bei der Durchführung des Vertrages ihre Mitarbeit nicht versagen. Die Wählerschaft wird zweifellos Rücksicht auf ihr fordern, wenn durch ihr Außenstehen, vielleicht manche neue Errungenschaft in Gefahr gerät, deren Erhaltung auch manchen politisch anders Denkenden wertvoll erscheint.

Polnisches

— Milliardenaufräge für die deutsche Industrie. Die Entente hat der Reichsregierung umfangreiche Listen mit Erzeugnissen aller Art für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes im nördlichen Frankreich und Belgien überreicht. Es handelt sich laut „Magdeb. Ztg.“ um Lieferungen im Werte von

mehreren Milliarden Mark. Es wird nun geplant, diese Lieferungen zur Befriedigung der jetzt in den meisten Industrien herrschenden Abnahmedrängung zu benutzen. An erster Stelle kommt eine sehr beachtliche Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art in Betracht Gerade in solchen Maschinen hat zurzeit die betrieblaste Industrie große Lager, da der Absatz ins Stoden geraten ist. Andere Erzeugnisse wie beispielsweise Möbel und sonstiges Hausgerät, werden naturgemäß erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften weiter vorgeschritten ist, zur Ablieferung kommen. Es wird jedoch erwogen, auch in diesen Erzeugnissen sich jetzt Ankäufe zu machen, um die Lager zu räumen und es der Industrie zu ermöglichen, die Produktion wieder aufzunehmen.

Spaa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall hier eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abbesetzt. Die zahlreich erschienenen Menge verhielt sich schweigend.

— Der deutsche Minister des Reiches Dr. Simons erklärte in Spaa ausländischen Journalisten gegenüber, Deutschland könne in der Hauptsache nur durch Arbeit den Friedensvertrag erfüllen; Bedingung dazu seien: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im Innern. Es wäre sehr nur das, was seiner Ansicht nach Deutschland erfüllen könne.

— Die deutschen Vertreter in Spaa werden als unbedingt nötig für Deutschland folgendes vorbringen: die Erhaltung Oberösterreichs. Sollte die Abstimmung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Ausgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebotes hinfällig werden.

Paris, 3. Juli. Nach den letzten Nachrichten, die die Konferenz von Brüssel empfangt, ist die Stadt Lemberg in die Hände der Bolschewisten gefallen. Die Roten Truppen setzten ihren Vormarsch in das Innere Galiziens fort. Die Polen fragten dringend bei der Konferenz von Brüssel an, ob sie auf irgendwelche Hilfe gegen die Bolschewisten rechnen dürfen.

— Die Bolschewisten Armee steht 5 Kilometer vor Kowno.

Freie Käsebewirtschaftung.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Das Anhalten des besseren Valutastandes gestattet, zunächst den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nach Erleichterungen auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft, insbesondere nach einseitigen Nahrungsmitteln und schmachtendem Zubrot Rechnung zu tragen und das Verbot der Einfuhr von Käse aus dem Auslande bis auf weiteres aufzuheben. Sollte wider Erwarten die Valuta sich erheblich verschlechtern, so wird im Interesse unserer Zahlungsbilanz eine Zurücknahme der Einfuhrgenehmigung vorbehalten. Die Händlerkreise werden deshalb gut tun, keine langfristigen Verträge zu schließen, sondern damit zu rechnen, daß eintretendenfalls die Aufhebung der Einfuhrgenehmigung mit kurzer Frist, von etwa einem Monat, erfolgt. Von der allgemeinen Freigabe der Einfuhr bleibt der Weichkäse wegen der Schwierigkeit der Kontrolle und wegen des Anreizes zur Verarbeitung von Vollmilch im Inlande ausgeschlossen.

Im Anschluß an die Aufhebung des Einfuhrverbotes soll auch die Bewirtschaftung von Käse im Inlande freigegeben und die Höchstpreisverordnung aufgehoben werden in der Erwartung, daß infolge Besserung der Valuta die Einfuhr ausländischer Käses preiswindernd auf die gegenwärtig zum Teil unerschöpflichen Schleichhandelsbreise für einheimischen Käse einwirkt. Als Einschränkung bleibt das allgemeine Verbot der Herstellung von Fettkäse nach wie vor bestehen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Butter nicht zu beeinträchtigen.

Wie bekannt, unterliegt die Regelung des Verkehrs mit Käse, Quark usw. nach der Verordnung vom 15. Juli 1918 den Landeszentralbehörden (in Preußen den Oberpräsidenten). Auch diese Bestimmungen sollen fallen, und zwar so bald als möglich. Ein genauer Zeitpunkt kann hierfür erst festgesetzt werden, wenn die einzelnen Bewirtschaftungsstellen ihrerseits die zur Aufhebung der auf Grund des angeführten Rahmengesetzes getroffenen Anordnungen erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet haben.

Vertikales und Sächsisches

Adorf, den 5. Juli 1920.

— Besonderer Umstände halber mußte heute der Roman wegbleiben; es wird dafür morgen Ersatz geboten werden.

— Ab 7. Juli 1920 verkehrt der Zug 2037—Adorf an 7.58 abends, ab 8.01 — auch an Werltagen ab Brambach (7.28 abends).

— Von der Kaninchenzüchlervereinigung. Die Kaninchenzüchlervereinigung Oberpogland macht vorvergangenen Sonntag einen Ausflug nach Adorf, besuchte hier die Zuchtkollegen des Kaninchenzüchlervereins, unter anderem auch die sehr bekannte Angorakaninchenzucht des Herrn Kommerzienrat Claviez. Herr Kommerzienrat Claviez führte der Kaninchenzüchlervereinigung Oberpogland seine Kaninchenzucht selbst vor und erklärte, daß seine gesamte Zucht, die hauptsächlich zur Gewinnung von Wolle, die er in seinem Fabrikbetrieb selbst bis zur feinsten Seide verarbeitet, dient, 3 Zt. 14 000 Stück Angorakaninchen umfasst. In Adorf befinden sich ca. 100 Tiere die von sachkundigen Personen gepflegt und in einer wundervollen Stallung untergebracht sind. Die Angorazucht erfordert viel Arbeit, Lust und Liebe zur Zucht, wenn sie erfolgreich und nutzbringend sein soll. Außer der Angorazucht des Herrn Kommerzienrat Claviez wurden noch verschiedene kleine andere Züchter besucht, die ebenfalls gute Tiere aufzuweisen hatten, besonders konnte die Hasenkaninchenzucht des Herrn Händel in Siebenbrunn bewundert und begutachtet werden. Um eine geeignete Förderung der Kaninchenzucht durchführen zu können, bittet die Kaninchenzüchlervereinigung Oberpogland nochmals alle fernstehenden Zuchtkollegen, der Vereinigung beizutreten. Nur dadurch kann etwas Großes geschaffen werden. Das Motto der Vereinigung in der Zucht ist: Vorwärts immer, rückwärts nimmer. (R. 3.)

— Niedrigere Benzin- und Petroleumpreise? Der Grundpreis für Benzin wird vom 1. Juli d. J. ab auf 6,35 Mk. pro Kilo herabgesetzt, nachdem er am 16. Juni

• Verhaftung zweier Zug-Näuber. Der Hamburger Kriminalpolizei ist es gelungen, die Räuber, die den Solontär Kurt Lettmann aus Leipzig in dem Nacht Schnellzuge Berlin—Hamburg beraubt und hinausgeworfen haben, zu verhaften. Es sind der 19-jährige Landwirtschaftsschüler Otto Oldenburg aus Dreptow sowie der gleichaltrige Landwirtschaftsschüler Edwin Herzog aus Berlin, beides Söhne achtbarer Eltern, und die 10 Jahre ältere Ehefrau Frieda Jensen aus Hamburg. Nach ihrem Geständnis haben sie den Lettmann in einem Abteil 2. Klasse überfallen, gewürgt und dann aus dem fahrenden Zuge kurz vor Wittenberge hinausgeworfen. Der Ueberfallene befindet sich auf dem Wege der Besserung im Krankenhaus Wittenberge.

• Verhaftung eines Reichskommissars. In Essen ist der angebliche Hauptmann v. Mudra, der Reichskommissar für Flüchtlingswesen, verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Wie sich jetzt herausstellt, ist Mudra weder Offizier noch ein Kesse des bekannten Generals. Er war im Kriege einfacher Soldat und wurde Unteroffizier. Mudra war Leiter des aus den Krupp'schen Baracken gebildeten Flüchtlingslagers und war von der Reichsregierung zum Reichskommissar für das gesamte Flüchtlingswesen in Deutschland ernannt worden. Als solcher verfügte er über große Warenbestände aller Art. Seine Vertrauensstellung benutzte er zu Millionenerschleugungen und Unterschlagungen. Wo er die unterschlagenen Summen verstreut hält, konnte noch nicht ermittelt werden. Er verkehrte in Essen in den ersten Kreisen. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Untersuchung beschäftigt.

Polnische Schitanen.

Von der Regierung nahesteher Seite wird geschrieben:

Wie zu erwarten war, versuchen die Polen auf alle mögliche Weise den Zustrom der deutschen Abstammungsberechtigten zu hindern, weil sie nicht ohne Grund fürchten, daß das Ergebnis nicht zu ihren Gunsten ausfällt. Sie sind wahrscheinlich selbst erstaunt über die Menge der Deutschen, die nach Ost- und Westpreußen strömen und es ist ihnen natürlich jedes Mittel recht, um die ungehinderte Weiterfahrt der Leute zu verhindern. Die neueste Schikane besteht darin, daß sie in Konig die Ausreise der Abstammungsberechtigten dahin prüfen, ob sie in dem Geburtsort gekempelt sind. Wessen Papiere einen solchen Stempel nicht aufweisen, muß den Zug verlassen und darf nicht weiter fahren.

Das Verfahren der Polen widerspricht sowohl dem Friedensvertrag als auch den Abmachungen, die zwischen dem Obersten Rat in Paris, Deutschland und den Polen geschlossen worden sind. In diesen Bestimmungen war von einem Stempel des Geburtsortes niemals die Rede. Die Ententeoffiziere, welche die Abstammungszüge begleiten, sind aber vorläufig machtlos und können die Polen an ihrem gewaltsamen Vorgehen nicht hindern. (Oder sie wollen nicht. D. Red.)

Es braucht sich aber durch diese polnischen Schikanen niemand von der Reise nach Ost- und Westpreußen abhalten zu lassen. Wer von den Polen nicht durchgelassen wird, wird durch bereitstehende Leerzüge nach Swinemünde oder Stohmünde gebracht und von dort sehr bequem in seinen Heimatsort geschafft. Die deutsche Regierung hat selbstverständlich gegen die polnischen Schikanen protestiert. Es ist aber fraglich, ob die Ententeregierungen die Verhandlungen mit den Polen so beschleunigen können, daß noch vor dem 11. Juli da ein positives Resultat zustande kommt. Daher muß sich Deutschland auf die angegebene Weise selbst helfen. Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, von dem Abstammungsrecht Gebrauch zu machen, damit diese alten deutschen Landesteile dem Vaterland erhalten bleiben.

Torpedoboote zur Beförderung nach Ostpreußen.

Mit Rücksicht auf die erheblichen Schwierigkeiten des Reiseverkehrs durch den polnischen Korridor sind Vorkehrungen getroffen worden, einen Teil der Abstammungsberechtigten auf dem Seewege nach Ostpreußen zu befördern. Auch Fahrzeuge der Reichsmarine sind für diesen Zweck verfügbar gemacht worden. Bis zum 9. Juli werden täglich Torpedoboote mit Abstammungsberechtigten an Bord von Swinemünde und Stohmünde nach Pillau in See gehen.

Die Ernteausichten in der Ukraine.

Wie der Berliner russischen Zeitung „Bremja“ aus der Ukraine berichtet wird, sind die Ernteausichten im Allgemeinen sehr gute. Nachdem der Saatenstand im Frühling keineswegs günstig war, und zu Besorgnissen Anlaß gab, haben sich die Aussichten dank der warmen Witterung bedeutend gebessert und versprechen auch für Wintergerade eine gute Ernte. Die Sommerernte stand von vornherein gut und besonders in Podolien kann mit einer Melodernte gerechnet werden. Auch auf den größeren Gutsbetrieben wird jetzt eine viel reichere Ernte erwartet als zu Beginn des Jahres.

Die vorjährige Ernte war eine außergewöhnlich gute und in den Händen der Bauern befinden sich immer noch große Vorräte. Auch das lebende und tote Inventar der bäuerlichen Wirtschaften ist verhältnismäßig gut im Stande. Ungünstiger lauten die Berichte über den Saatenstand in Galizien.

von 8,55 Mt. auf 7,93 Mt. herabgesetzt worden war. Der Preis für das Rilo Benzin wird jetzt für den Verbraucher einschließlich Zoll, Fracht und sonstigen Aufkosten etwa 8 Mt. sein. Der Petroleumpreis soll am 1. Juli von 5,50 Mt. auf 4,45 Mt. das Liter ab Laden des Händlers herabgesetzt werden.

„Seh'n Sie das ist ein Geschäft!“ In Chemnitz existiert eine Fabrik, die eine Million Grundkapital besitzt und laut letztem Jahresbericht nach Deduktion der Aufkosten, Zinsen und Abschreibungen 1 048 979 Mark verdient, also fast 50 000 Mark mehr als das Grundkapital. Es ist dies, dem Döcker Tageblatt zufolge, die Firma F. W. Strobel, Papierfabrik. Ueber 100 Prozent Reingewinn! In Holland wurde Monate hindurch deutsches Papier zu Spottpreisen angeboten, während bei uns Papiermangel herrschte!

* Zwei Arbeiter unter sich begraben. Bei der erzgebirgischen Steinkohlenbaugesellschaft in Schemwitz, die einen neuen Kühlturm aufzuführen läßt, stürzte plötzlich die innere Rüstung des Turms zusammen und riß die daran beschäftigten Arbeiter in die Tiefe. Zwei Arbeiter waren sofort tot, zwei wurden sehr schwer und vier leichter verletzt.

Die Besoldung der Volksschullehrer in Sachsen. Die Sächs. Staatszeitung bringt einen längeren Artikel von unterrichteter Seite, in dem die Behauptung mancher Lehrer, ihre Nichtaufnahme in die Besoldungskategorie 9 bedeute eine ungerechte Bewertung ihrer Tätigkeit oder gar eine Herabwürdigung der Volksschule, an der Hand durchschlagender Argumente widerlegt wird. Es wird nachgewiesen, daß in Preußen die Neuordnung für die Lehrer unünstiger ist, als in Sachsen und daß die Besoldungsordnung keine Rangordnung sei, sondern nur Grundlage darstellt, die gemeinsam mit der Regierung und den Beamten- und Lehrerverbänden vereinbart seien. Besonders

wesentlich erscheint der Nachweis des Artikels, daß die Besoldungsordnung eine wesentliche Annäherung der beiden Lehrergruppen (Volksschullehrer und akademische Oberlehrer) herbeigeführt hat. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein Volksschullehrer schon mit 21 Jahren, ein akademischer Oberlehrer aber erst mit 26 oder 27 Jahren Besoldung bezieht, beträgt das Gesamtdienstverdienst eines lehrerähnlich vorgebildeten Lehrers mit normaler Dienstlaufbahn in einem Ort der Ortsklasse C bis zu seinem 60. Lebensjahre 640 395 Mark, das Einkommen eines akademisch vorgebildeten Lehrers 739 900 Mark. Das ist für den Akademiker nur ein Mehr von 15 v. S., während der Unterschied früher bis zu 140 Prozent betrug. Dieses Mehr wird beim Akademiker erst nach dem erfüllten 45. Lebensjahr erreicht. Bis dahin ist das gesamte Dienstverdienst des Volksschullehrers höher als das des Akademikers. Der Artikel beweist die Unmöglichkeit der Lehrerforderung, in die Besoldungskategorie 9 eingereiht zu werden, mit der Feststellung, daß der Gesamtbezug eines in Gruppe 9 eingereihten Volksschullehrers bis zum 60. Lebensjahr 734 480 Mark betragen, dem eines akademisch gebildeten Lehrers (günstigstenfalls 739 200 Mark) also tatsächlich gleichkommen würde.

Zusammenschluß der Drechselmaschinenbesitzer Sachsens. In Dresden wurde eine Vereinigung der Drechselmaschinenbesitzer des Freistaates Sachsen mit dem Sitze in Dresden gegründet. Die Vereinigung bezweckt, einen einheitlichen Durchschnittspreis unter Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse festzusetzen. Die Vorschläge, die gemacht wurden, schwanken zwischen 50 bis 80 Mark für die Stunde.

Magisch. Von Wegelagerern überfallen wurde am Freitag Mittag unweit Meißens der 56 Jahre alte Milchfahrer des hiesigen Rittergutes Wilhelm Wertel. Es sprangen plötzlich, als Wertel auf der Rückfahrt von Blauen ein Gehölz passierte, drei Kerle im Alter von 30-40 Jahren auf ihn zu; einer hielt das Pferd an und die anderen bedrohten den Mann mit dem Revolver, wenn er nicht sofort das Geld herausgäbe. Nachdem Wertel den Erlös von 500 Mark

den Räubern ausgehändigt, verschwanden diese unerkannt im Walde.

Schwarzenberg. Für Aufhebung der Zwangswirtschaft. Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter der Amtshauptmannschaft beschloß einstimmig, unter gewissen Voraussetzungen der Bezirksversammlung die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu empfehlen.

Am 5. März 1919 während des Generalfreizeits in Leipzig war bekanntlich der Leipziger Oberbürgermeister von einigen Führern der Unabhängigen, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Friedrich Geyer stand, zur Herausgabe von 400 000 Mark städtischer Gelder gezwungen worden. Das Geld, das zur Entlohnung der Eisenbahner bestimmt war, ist zum größten Teile in die Stadtkasse zurückgeflossen. Die Stadtverordneten hatten jetzt über einen Ratsantrag zu beschließen, gegen Geyer im Klagewege eine Schadenersatzforderung von 18 000 Mt. geltend zu machen. Nach einer längeren Debatte, in der der Oberbürgermeister u. a. darauf hinwies, daß das Geld im Interesse einer politischen Partei erpreßt sei, um einen Streik länger hinzuhalten, wurde mit 32 gegen 30 Stimmen die Klageerhebung gegen Geyer abgelehnt.

Ein außerordentlicher Deutscher Mietertag fand gestern Sonntag, in Dresden statt.

Dresden. Zwei mit Handgranaten und Revolvern bewaffnete Männer zwangen den neben der Sicherheitspolizei wohnenden Privatier Döring, seinen Gelbkranz zu öffnen und eine größere Summe Geldes herzugeben. Die Räuber entkamen.

100 tschech.-fl. Kronen = Mt. 86,02 1/2 (gestern Mt. 86,52 1/2)
100 Mark = 116,25 tschech.-fl. Kronen (gestern 114,74 Kr.)



Silberglänzend

wird jeder Ofen bei Verwendung von

Kosak

— Staubfreier Ofenglanz —
Alleiniger Hersteller:
Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)



Zigarrenhaus Kurt Kropp,

Langstrasse, empfiehlt:
für Wiederverkäufer
größere Partie

Zigarren u. Zigaretten

von den billigsten bis zu den besten Ausführungen eingetroffen,
bis auf weiteres

Zigaretten

mit rein oriental. Tabak, ohne Mundstück, Kleinverkaufspreis 25 Pfg.



LANULA

Hervorragendes Wund- und Entzündungsmittel. Vollkommen reizlos! Lanula-Paste wirkt als glänzendes Vorbeugungsmittel gegen Wundinfektionen.

Zu haben in Apotheken u. Drogerien.

Metallbetten,

Stahlrohr-Atome, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabr. Suhl i. Thür.

100 Zentner

Fleißner Bauwand

gibt ab

Louis Nicolai.

1 guterhaltenen eisernen **Dauerbrandofen** mit Rohr haben zu verkaufen **Joh. Dick & Co.,** Marktenkirchen, Markt 6.

Bringmaschine und **Saferstall** zu verkaufen **Karlsgasse 5.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

100 Zentner Fleißner Bauwand gibt ab **Louis Nicolai.**

König Albert Monatsversammlung.

Kriegsbesch.-Ver. Adorf u. Umg. Einheitsverband.

Monatsversammlung am 7. 7. 20 abends 8 Uhr.

Es kommen **Textilwaren, Armeefußbodenwürfel (groß), Haferflocken** zur Verteilung. **Der Gesamtvorstand.**

Billiges Angebot: Reines **Schweineeschmalz,** Pfund Mark 21.—, feinste **Süßrahmmargarine,** Pfund Mk. 15.—, **Cacao,** gar rein, 22% Fettgehalt, Pfund Mark 20.—, allerfeinsten **Himbeersaft,** Pfund Mark 8.—

empfiehlt **Arth. Schönfuss.**

Preiswert zu verkaufen: Ein **Tischstehpult,** passend für Kantor, ein guterhaltenes **Kinderdrahtbett,** mit Matratze, eine **Rinderwagen-Matratze,** eine weiße **Sporthose** und einen weißen **Herren-Strohhut,** Gr. 54 (Butterblume). **Prinzenberg 13.**

1 Dienstmädchen sofort nach Bad Elster bei gutem Lohn gesucht. **Haus Beronika.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Pa. Tafelmargarine per Pfund 17 Mark, empfiehlt **J. Webs.**

Berkaufe Hühner: 4 schwarze, 2 jähr. **Ital. Ia. Legehühner,** 4 echte weiße **Wyandottes,** 2-3 j., beste **Legehühner,** 7 junge weiße **Wyandottes,** (einschl. Bruthenne), ferner **1 Bienenstock** mit 2 sehr starken **Bölkern.** **Markenkirchnerstr. 52 I.**

Tüchtiges Küchenmädchen, sowie **Hausmädchen** oder unabhängige saubere **Frau** sucht **Geneßungsheim Mühlhausen.**

Rehwild kauft laufend **R. Sager,** Bad Elster, Fernsprecher 213. Amtliche Abl.-Stelle für Wild.

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Tonbild-Theater.

Dienstag u. Mittwoch, d. 6. u. 7. Juli, **Detektiv-Schlager**

„DAS DERBY“

Max Landas 10. Abenteuer in 5 Akten. **Luftiger Teil:**

Mode und Liebe in 3 Akten.

Rehwild

kauft laufend **R. Sager,** Bad Elster, Fernsprecher 213. Amtliche Abl.-Stelle für Wild.

1 Dienstmädchen sofort nach Bad Elster bei gutem Lohn gesucht. **Haus Beronika.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Reinölfirnis, gar. rein, empfiehlt **Stern-Drogerie Herm. Langer,** Ecke Haupt- u. Bergstr.

Einige Zentner Stroh sind zu verkaufen **Markt 22.**

Nach einem schaffensreichen Leben und langer schwerer Krankheit durfte meine liebe Tochter, unsere teure Schwester und Tante

Diaconisse Ida Hesse

in die obere Heimat eingehen.

Beerdigung Nürnberg, d. 6. Juli.

Familie **Hermann Hesse,**

„ **Otto Hesse**

nebst allen Verwandten.